

DATENSCHUTZ-REGLEMENT

vom

4. November 1991

INHALTSVERZEICHNIS

- Art. 1 Geltungsbereich
- Art. 2 Bekanntgeben von Personaldaten
 an Private durch die Einwohnerkontrolle
- Art. 3 Veröffentlichung von Personendaten
- Art. 4 Sperre von Personendaten
- Art. 5 Dienstleistungen
- Art. 6 Gebühren
- Art. 7 Register über die Datensammlungen
- Art. 8 Ausführungsvorschriften
- Art. 9 Inkrafttreten

Die Einwohnergemeindeversammlung der Stadt Sursee erlässt, gestützt auf das kantonale Gesetz über den Schutz der Personendaten (Datenschutzgesetz) vom Juli 1990, insbesondere

- § 11 betr. das Bekanntgeben von Personendaten an Private durch die Einwohnerkontrolle
- § 14 betr. Gemeinde-Registerführung
- sowie gestützt auf die Verordnung des Regierungsrates zum Datenschutzgesetz vom 26. Februar 1991

folgendes Reglement.

Art. 1

Geltungsbereich

Dieses Reglement ergänzt das kantonale Datenschutzgesetz (Gesetz über den Schutz von Personendaten) vom 2. Juli 1990 und die Verordnung des Regierungsrates zum Datenschutzgesetz vom 26. Februar 1991, soweit die Gegenstände dem Gemeinde-Recht zur Regelung überlassen sind.

Art. 2

Bekanntgeben von Personaldaten an Private durch die Einwohnerkontrolle

1. Die Einwohnerkontrolle gibt Namen, Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum und Adresse auf Gesuch hin bekannt, wenn der Anfrage, die mündlich oder schriftlich erfolgen kann, ein schutzwürdiges Interesse zu Grunde liegt.

2. Reichen diese Daten nicht aus und rechtfertigen die Gründe des Gesuchstellers zusätzliche Angaben zu erhalten, gibt die Einwohnerkontrolle auch Auskunft über Beruf und Titel, Zivilstand, Heimatort, Staatsangehörigkeit und zivilrechtliche Handlungsfähigkeit sowie Ort und Datum des Zu- und Wegzugs.
3. Die Auskünfte gemäss Ziff. 1 und 2 werden nur als Einzelauskünfte nicht aber als Sammelauskünfte (in Form von Listen) erteilt.
4. Ohne Glaubhaftmachung eines schutzwürdigen Interesses gibt die Einwohnerkontrolle
 - Namen
 - Vornamen
 - Geschlecht
 - Geburtsdatum und
 - Adresse

auf schriftliche oder mündliche Anfrage hin als Einzel- und Sammelauskünfte bekannt an folgende Institutionen:

- a) an die in der Gemeinde organisierten politischen Parteien; ihnen können zudem diese Grunddaten der in die Gemeinde zu- und weggezogenen Personen periodisch gemeldet werden;

- b) an die bei der Einwohnerkontrolle unter Vorlage der Statuten gemeldeten Ortsvereine und Stiftungen mit
- kulturellem
 - gesellschaftlichem
 - wohltätigem
 - wissenschaftlichem
- Zweck.
5. Der Stadtrat kann einem Verein oder Stiftung die gemäss Ziffer 4 b zu gewährenden Auskünfte von der Glaubhaftmachung eines schutzwürdigen Interesse abhängig machen und/oder auf Einzelauskünfte beschränken, wenn Gefahr besteht, dass die Daten nicht zweckgebunden oder sonstwie missbräuchlich verwendet werden.
6. Der Stadtrat kann in begründeten Fällen die Auskunftserteilung gemäss Ziffer b auch auf auswärtige Organisationen, die eine der angeführten Zielsetzungen aufweisen, ausdehnen.
7. Die Empfänger der Personendaten haben sich schriftlich zu verpflichten, die erhaltenen Angaben zu keinem andern als dem angegebenen Zweck zu verwenden, insbesondere diese nicht an Dritte weiterzugeben und kommerziell zu verwenden.

Art. 3

Veröffentlichung von Personendaten

Die Stadtkanzlei ist berechtigt, die nachstehenden Angaben in den Lokalzeitung und/oder Luzerner Tageszeitungen und Radiostationen zu veröffentlichen oder zu veröffentlichen bekanntzugeben:

- a) die Geburten, Eheverkündigungen, Eheschliessungen und Todesfälle gemäss Zivilstandsverordnung,
- b) den 10er und 5er-Geburtstag der über 70jährigen im Sinne einer Gratulation, Heiratsjubiläen ab 50. Hochzeitstag,
- c) Name und Adresse der Jungbürger im Zusammenhang mit der Jungbürgeraufnahme,
- d) Name und Adresse der in die Gemeinde Neuzugezogenen im Sinne der Begrüssung.

Art. 4

Sperre von Personendaten

- 1) Jede betroffene Person kann bei der Einwohnerkontrolle das Bekanntgeben ihrer Personendaten ohne Angabe von Gründen sperren lassen.
- 2) Gesperrte Personendaten dürfen nicht veröffentlicht oder zur Veröffentlichung bekanntgegeben werden. Als Einzelauskünfte dürfen sie nur bekanntgegeben werden, wenn die Einwohnerkontrolle durch Rechtssatz zum Bekanntgeben verpflichtet ist oder der Gesuchssteller eine Behinderung in der Verfolgung schutzwürdiger Ansprüche gegenüber der betroffenen Person glaubhaft macht (§ 11 Abs. 4 Datenschutzgesetz).

Art. 5

Dienstleistungen

Der Stadtrat legt fest, inwieweit und in welcher Form die Einwohnerkontrolle bei der Bekanntgabe der Personendaten zusätzliche Dienstleistungen erbringen kann (z.B. systematisch geordnete Auskünfte, Adressenverzeichnisse, Adresstikette adressierte Couverts usw.).

Art. 6

Gebühren

Der Stadtrat regelt den Gebührentarif für die Bekanntgabe von Personendaten an Dritte.

Art. 7

Register über die Datensammlungen

Das Gemeinderegister über die Datensammlungen wird von der Stadtkanzlei geführt.

Art. 8

Ausführungsvorschriften

Der Stadtrat hat, soweit notwendig, für den Vollzug des kantonalen Datenschutzgesetzes sowie des vorliegenden Reglementes Ausführungsvorschriften zu erlassen.

Art. 9

Inkrafttreten

Dieses Reglement ist mit der Genehmigung durch die Einwohnergemeindeversammlung vom 4. November 1991 inkraft getreten.

Sursee, den 10. Juli 1992

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtpräsident:

Remo Casserini

Der Stadtschreiber:

Erwin Gabriel